

Die Wiederabschaffung der obligatorischen Eichpflicht für Wassermesser

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Illustrierte schweizerische Handwerker-Zeitung : unabhängiges Geschäftsblatt der gesamten Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe**

Band (Jahr): **44 (1928)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-582114>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

zeigt sich auch unter den Bewohnern des Dörfchens selbst, die es nun vorziehen, ihre neuen Heimstätten nicht mehr auf der Schattenseite zu erstellen. Bereits ragen im alten Nebenareal an der Brohegasse die Grundmauern eines anmutig werdenden Hauses hervor und schon wird auf der Brohe selbst wieder mit einem Bau begonnen. Ob wohl die Aussicht auf den bald funktionierenden Autobusverkehr Basel—Bettingen die Baulust schon angeregt hat? Auf alle Fälle würde ein solcher Verkehr mächtig dazu beitragen, im kleinen Kanton neues Bauland zu erschließen.

Ein Froburger-Baudenkmal in Zofingen. An einem Gebäude, das aus dem älteren Zofingen in der Flucht der ehemaligen Stadtmauern steht, sind dieser Tage größere Renovationsarbeiten vorgenommen worden. Dabei kamen im Mauerwerk der sogenannten Kustorei Bauteile, namentlich Fenster, zum Vorschein, die den frühern kirchlichen Zweck des Gebäudes bewiesen. Es sind Zeugen aus jener um 640 Jahre zurückliegenden Zeit, während welcher sich die Dominikaner in Zofingen niederließen. Das Kloster wurde, wie der Konservator des Zofinger Museums, Dr. Franz Zimmerlin, in Erinnerung ruft, der Stiftsverwaltung zugeteilt. Diese verwendete das Kloster als Kustorei; später wurde das Gebäude als Kornhaus und in den letzten Jahrzehnten zu Fabrikzwecken verwendet. Die frühgotischen Fenster, die nun an dem Gebäude bloßgelegt wurden, bleiben erhalten als Erinnerung an die Zeit, in welcher Zofingen unter dem Schutz und der Herrschaft der Froburger stand.

Die Wiederabschaffung der obligatorischen Eichpflicht für Wassermesser.

(Korrespondenz.)

Wir haben schon einigemal über die Eichpflicht der Wassermesser berichtet, zunächst bei der Einführung, dann auch über die Anstrengungen seitens des Vereins Schweizerischer Gas- und Wasserfachmänner und des Schweiz. Städteverbandes, diese Gesetzesbestimmung für die Wassermesser wieder aufzuheben.

Die grundsätzliche Eichpflicht in bezug auf die Wassermesser ist schon im Bundesgesetz über Maß und Gewicht vom Jahre 1875 enthalten. Artikel 25 des im Jahre 1909 geänderten Bundesgesetzes erhielt folgenden Wortlaut:

„Im Handel und Verkehr dürfen nur geeichte Längen- und Hohlmaße, Gewichte, Waagen, Thermalalkoholmeter, Gas- und Wassermesser und elektrische Meßinstrumente zur Verwendung gelangen. — Für die Wassermesser und die elektrischen Meßinstrumente wird der Bundesrat den Zeitpunkt bestimmen, mit dem die Eichpflicht beginnt; er wird die nötigen Verordnungen darüber erlassen.“

Zur Nachprüfung der Verbrauchsmesser für Elektrizität und Wasser waren besondere technische Einrichtungen nötig. Erst nachdem diese in Bern erstellt waren, erklärte der Bundesrat durch die Verordnung vom 29. Oktober 1918, daß die amtliche Prüfung und Stempelung der Wassermesser vorgeschrieben sei und zwar mit Beginn der Wirksamkeit ab 1. Januar 1920.

Trotzdem bei der Aufstellung des Entwurfes einige Mitglieder des Vereins Schweiz. Gas- und Wasserfachmänner beigezogen worden waren und in der Bundesversammlung bei der Beratung der Gesetzesänderungen vom Jahre 1909 sich niemand gegen die amtliche Eichpflicht der Wassermesser aussprach, machte sich bald in obgenanntem Fachverein, namentlich von Seite der Vertreter in der französischen Schweiz, starker Widerstand geltend. Die Inkraftsetzung wurde um ein Jahr ver-

schoben, damit die Wasserwerke genügend Zeit bekamen, allfällig eigene Eichstätten für Wassermesser einzurichten oder die bestehenden Anlagen der neuen Verordnung entsprechend umzubauen. Die Verordnung bestimmt, daß alle neuen Wassermesser, deren System vom eidgen. Eichamt genehmigt worden war, vor dem Einsetzen zu eichen seien, entweder in eigenen Eichstätten, die den eidgenössischen Vorschriften entsprechen und vom eidgen. Amt überwacht wurden, oder dann von der eidgenössischen Anstalt in Bern. Schwerwiegender war die Vorschrift, daß Innert 4 Jahren auch alle übrigen Wassermesser nachzueichen seien, ferner die Verfügung, daß dann regelmäßig wieder nach einer Frist von 4 Jahren eine neue Eichung erfolgen müsse. Das brachte für jeden eingesetzten Wassermesser eine durchschnittliche Jahresbelastung von einigen Franken. Während einzelne Wasserwerke der Verordnung nachlebten, hielten andere, namentlich die westschweizerischen, mit aller Festigkeit zurück. Sie wiesen darauf hin, daß es in der Natur des Wassermessers liege, daß er, wenn er falsch zeige, in 90 von 100 Fällen zu wenig anzeige und daß daher die Werke zum eigenen Vorteil regelmäßige Untersuchungen vornehmen, die ebensoviele leisten, wie die eidgenössische, nur daß sie viel weniger kosten.

Über die Bewegung gegen die Eichpflicht an sich teilt der Bundesrat in seiner Botschaft vom 3. Februar 1928 folgendes mit:

„Bereits am 11. Mai 1920 stellte der Verein von Gas- und Wasserfachmännern das Gesuch, das Bundesgesetz möchte im Sinne der Aufhebung der Eichpflicht für Wassermesser revidiert oder wenigstens der Zeitpunkt des Beginnes der amtlichen Prüfung und Stempelung auf unbestimmte Zeit, auf alle Fälle bis nach Rückkehr wirtschaftlich günstigerer Verhältnisse, verschoben werden. Gestützt auf das Ergebnis mündlicher und schriftlicher Verhandlungen mit unserem Finanzdepartement beschränkte der Verein in der Folge sein Begehren auf die Verlängerung der Nachleistungsperiode von vier auf sieben Jahre. Mit Bundesbeschuß vom 5. Mai 1922 ist dem Begehren entsprochen worden.“

Hatten sich die größeren Wasserwerke der Ost- und Zentralschweiz damit abgefunden und eigene Eichstätten eingerichtet, so gaben sich die kleineren und namentlich die Werke in der französischen Schweiz damit noch nicht zufrieden, sie verlangten durch den Schweizerischen Städteverband die vollständige Aufhebung der Eichpflicht. Schon im Jahre 1922 stellte Nationalrat Maillefer in Lausanne das Postulat: „Der Bundesrat wird eingeladen, die Frage zu prüfen, ob nicht Art. 25 des Bundesgesetzes vom 24. Juni 1909 über Maß und Gewicht, sowie die Verordnung vom 29. Oktober 1918 und 6. Dezember 1919 zu revidieren seien im Sinne der Erleichterung der durch das Gesetz und die erforderlichen Vollziehungsmaßnahmen den Gemeinden auferlegten Lasten.“

Am 22. September 1923 folgte der Schweizerische Städteverband mit einer Eingabe, in der er die gänzliche Aufhebung der Eichpflicht der Wassermesser verlangte.

Am 19. September 1923 veranstaltete das Finanzdepartement eine Besprechung zwischen den Vertretern der Städte und der Gas- und Wasserfachmänner und dem Amte für Maß und Gewicht. Dabei ergab sich, daß das Amt sich gegen die Abschaffung der Eichpflicht aussprach, während Bundesrat Misy sich schon damals den Gründen der Städte und der Fachmänner geneigter zeigte.

Der Städteverband sah sich veranlaßt, am 1. Februar 1924 nochmals seine Gründe für die gänzliche Aufhebung der Wassermesser-Eichpflicht zusammenzufassen und dem Bundesrat einzureichen.

Am 18. Dezember 1924 reichte Nationalrat Zraggen (Basel) folgenden Antrag ein:

„1. Ist dem Bundesrat bekannt, daß der Vollziehungsverordnung vom 29. Oktober 1918, bzw. 6. Dezember 1919 und 5. Mai 1922, die amtliche Prüfung und Stempelung von Wassermessern betreffen, vonseten mehrerer Gemeinden nicht nachgelebt wird?“

2. Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um die fehlbaren Gemeinden bzw. Kantone endlich zu veranlassen, den erwähnten einschlägigen Verordnungen nachzuleben und damit auch den Bestimmungen der Bundesverfassung alle Nachachtung zu verschaffen.“

Der Gegenstoß konnte nicht ausbleiben. Eine Anfrage von Nationalrat Maillefer lautete wie folgt:

„Welche Maßnahmen hat der Bundesrat ergriffen, um die Revision des Bundesgesetzes vom 24. Juni 1909 über Maß und Gewicht und zwar gemäß der Motion des Nationalrates von 1921 betreffend Prüfung und Stempelung der Wassermesser? Welche Weisungen hat der Bundesrat erteilt, um den zahlreichen Eingaben von beteiligter Seite, namentlich des Vereins Schweiz. Gas- und Wasserfachmänner und dem einstimmigen Wunsche des Schweizerischen Städteverbandes an der Septembertagung 1923 nachzukommen.“

Der Bundesrat verhielt sich zunächst ablehnend. Dem Städteverband wurde mitgeteilt, daß auf eine Fakultativ-erklärung der Eichpflicht für Wassermesser nicht eingetreten werden könne und daß an der amtlichen Prüfung und Stempelung festgehalten werde. Entsprechend wurden auch die Anfragen im Nationalrat beantwortet, eben dahin, daß der Bundesrat nicht weiter entgegenzukommen gedenke.

Es erfolgte ein neuer Vorstoß des Städteverbandes, durch Ständerat Dr. Dleisch (Olten), der am 24. Juni 1926 die Annahme folgenden Postulates als Erfolg buchen konnte:

„Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, ob nicht eine Revision von Art. 25 des Bundesgesetzes vom 24. Juni 1909 über Maß und Gewicht und der einschlägigen Ausführungsbestimmungen in dem Sinne geboten sei, daß die obbligatorische Eichpflicht für Wassermesser aufgehoben und die Eichung als fakultativ erklärt wird“.

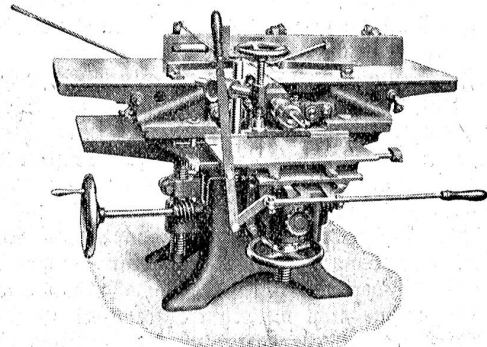
Der Bundesrat beantragt mit Botschaft vom 3. Februar 1928, den Art. 25 des genannten Bundesgesetzes wie folgt zu fassen: „In Handel und Verkehr dürfen nur geeichte Länge- und Hohlmaße, Gewichte, Waagen, Thermoalkoholmeter, Gasmesser und elektrische Meßinstrumente zur Verwendung kommen. Der Bundesrat wird ermächtigt, die Eichpflicht auch auf weitere Meßinstrumente auszudehnen.“ Damit wird dem Begehren der Gas- und Wasserfachmänner und des Städteverbandes entsprochen.

Die Erwägungen, die den Bundesrat zu diesem Antrag an die Bundesversammlung leiteten, lauten:

„1. Die Wasserversorgungsverhältnisse in der Schweiz sind sehr verschieden. In einzelnen Ortschaften, wie beispielsweise in Genf, besteht reichlicher Wasserzufluß, so daß eine genaue Kontrolle über die Abgabe nicht notwendig ist. In andern Ortschaften, wie in St. Gallen, ist die Zuleitung des Trinkwassers mit großen Kosten verbunden, so daß eine sorgfältige Kontrolle des Verbrauches durch Wassermesser nötig ist. Viele Wasserversorgungen stellen für die Berechnung des Wasserzinses in erster Linie auf die Anzahl der Wasserentnahmestellen, die Grundstücke usw. ab, sie bedienen sich nur subsidiär der Angaben des Wassermessers. Auf die Meßinstrumente kann aber gleichwohl nicht verzichtet werden, weil anders eine zuverlässige Kontrolle des Verbrauches nicht möglich ist.“

2. Nicht alle Wassermesser erweisen sich als eichfähige Instrumente. Es kommt vor, namentlich bei den billigeren Systemen, daß der geeichte Wassermesser schon kurze Zeit

SÄGEREI- UND HOLZ-BEARBEITUNGSMASCHINEN



UNIVERSAL - KOMBINIERTE HOBELMASCHINE H. E. K.
mit Kreissäge und Bohrmaschine 1 8

A. MÜLLER & CIE. A. G. - BRUGG

nach dem Einbau beim Abonnement nicht mehr richtig anzeigt. Als Meßinstrument kann daher der Wassermesser nicht beanspruchen, auf die gleiche Linie gestellt zu werden, wie etwa die Elektrizitätsmesser und der Gasmesser.

3. Hinsichtlich des Kostenpunktes — wohl der wichtigste in der ganzen Frage — ist auf folgendes hinzuweisen:

Ob der amtliche Eichzwang besteht oder nicht, ist jeder Wassermesser nach einer gewissen Zeit auszubauen, instand zu stellen, zu prüfen und wieder einzubauen. Die bisherigen Kosten schwanken nach den Angaben der Wasserversorgungen zwischen 25 und 30 Fr. per Wassermesser. Besteht der Eichzwang, so kommen die Kosten der amtlichen Prüfung dazu; diese sind als bescheiden zu bezeichnen und betragen im Durchschnitt Fr. 2.80 bis Fr. 3, je nachdem das Werk ein eigenes Prüfamt besitzt oder nicht.

Wichtig für die Beurteilung der Kostenfrage ist der Umstand, daß die Vollziehungsverordnung für die Nach Eichung der Wassermesser eine Nachrechnungspflicht von vier Jahren vorsieht, die nachträglich auf sieben Jahre verlängert wurde. Über die Frage, innert welchen Zeitabständen die Revision zweckmäßig vorzunehmen sind, gehen die Ansichten stark auseinander. Es gibt große Wasserversorgungen, die die Wassermesser regelmäßig alle vier Jahre revidieren und solche, die sie erst im Falle des Schadhaftwerdens oder bei Beanstandungen ausbauen und nachprüfen. Aus der Innehaltung der durch die Verordnung vorgesehenen Frist entstehen den Wasserversorgungen, die die Messer gar nicht oder in längeren Zeiträumen als sieben Jahre ausgewechselt haben, Mehrkosten, deren Nutzen von den betreffenden Werken bestritten wird.

Es ist nicht zu bestreiten, daß der Wegfall des Nach Eichungszwanges dem Leiter eines Werkes ermöglicht, die Kosten der Instandhaltung der Messer besser den jeweiligen finanziellen und technischen Verhältnissen des Werkes anzupassen, als dies unter dem Zwange der bestehenden bundesrätlichen Vorschriften der Fall ist.

4. Auch ohne den Eichzwang dürfte der Schutz den Wasserfontamenten ausreichend sein. Die Wasserversorgungen sind selbst daran interessiert, da erfahrungsgemäß unrichtig angezeigte Wassermesser in der Regel nicht zuviel, sondern zu wenig anzeigen. Der Abonnent kann sich übrigens jederzeit selbst vergewissern, ob der Wassermesser richtig zeigt. Er braucht nur Wasser in ein Gefäß ausfließen zu lassen und die erhaltene Wassermenge mit der Anzeige des Wassermessers zu vergleichen. Die Erfahrungen, die in dieser Hinsicht in der Zeit vor der Einführung des Eichzwanges gemacht worden sind,

berechtigten zu der Annahme, daß sich im Falle der Aufhebung der Eichpflicht Anstände mit dem Publikum wegen unrichtigen Wassermesseranzeigen nur selten ergeben dürften und daß sie leicht behoben werden könnten.

Diesen Schlussfolgerungen ist zu entnehmen, daß der volkswirtschaftliche Nutzen der Eichpflicht der Wassermesser jedenfalls nicht überschätzt werden darf. Berücksichtigt man die Nachteile, die manchen Wasserversorgungen namentlich in finanzieller Beziehung aus der gegenwärtigen Ordnung erwachsen, so erscheint das Vorgehen des schweizerischen Städteverbandes um Aufhebung des Eichzwanges verständlich. Wir möchten deshalb unsern Widerstand gegen die vom Verbande angekehrte Maßnahme nicht weiterhin aufrecht erhalten. Wir können dies um so eher verantworten, als das eidgenössische Amt für Maß und Gewicht nach wie vor auf Verlangen der Wasserabonnenten, Expertisen usw. die Wassermesser amtlich zu prüfen haben wird. Art. 15 des Bundesgesetzes über Maß und Gewicht verleiht dem Amt hierfür die nötige Befugnis. Andererseits können die Wasserversorgungen auf Grund der gleichen Gesetzesbestimmung auch fernerhin ihre Prüfungsbefugnisse durch das eidgenössische Amt überprüfen lassen.“

* * *

Zu diesen Ausführungen, zu denen wir in Hauptsachen einen Artikel in der Appenzeller Landes-Zeitung (Trogen) benutzten, wäre mancherlei zu sagen, das auf Grund von jahrzehntelangen Erfahrungen zu etwas andern Ergebnissen führte. Zweifelsohne wird die Bundesversammlung dem Antrag des Bundesrates für Aufhebung des Wassermesser-Eichzwanges zustimmen. Damit kommt ein jahrelanger Kampf, in dem die Anstichten bedeutender Fachleute einander unmittelbar gegenüberstanden, zu einem für Freunde und Gegner der obligatorischen Eichpflicht annehmbaren Abschluß.

Oberster Grundsatz wird für jeden Werkleiter bleiben die Gleichbehandlung aller Abonnenten. Es scheint uns immer ein Unrecht, wenn man nur dort Wassermesser einbaut und dann den Mehrverbrauch besonders berechnet, wo man einen übermäßigen Verbrauch bloß vermutet. Sehr oft wird in nichtgewerblichen Anlagen, also auch in Wohnhäusern, durch nachlässige Instandhaltung der Installationen viel Wasser vergeudet. Wenn überall und ausnahmslos Wassermesser eingebaut sind, wird der Wasserverbrauch, ohne daß jemand zu kurz kommt, wesentlich zurückgehen. Darum ist der Einbau von Wassermessern dort geboten und finanziell von Vorteil, wo ein verhältnismäßig großer Anteil an Quell-, See- oder Grundwasser künstlich gehoben werden muß. Sobald das Wasser nach Maß verkauft wird, z. B. für technische Zwecke) oder der Wasserlieferungsvertrag die sogenannte Überwasserrechnung vorsieht, ist es Pflicht des Werkes, alle Meßgeräte in richtigem Gang und Zustand zu erhalten, sonst hat derjenige den Vorteil, dessen Wassermesser ein Jahrzehnt und mehr nicht mehr nachgeschaut und nachprüft wurde. An und für sich ist zu sagen, daß ein Meßinstrument nach sieben- bis zehnjährigem Gebrauch wieder einmal untersucht und gereinigt werden sollte. Das lohnt sich zweifelsohne für das Wasserwerk schon durch die daraus entstehende Haltbarkeit des Wassermessers. Nach dieser allgemeinen Instandstellung ist der Messer, wenn er seinen Zweck erfüllen und für das Werk wie für den Abonnenten gleich zuverlässig sein soll, auch nachzueichen und innert den gesetzlichen Grenzen richtig einzustellen. Es gibt Wassermessersysteme, die auch nach 10 Jahren noch richtig zeigen. Daß auch auf diesem Gebiet das billigste auf die Dauer nicht immer das beste ist, hat schon manches Werk zu seinem eigenen Nachteil erfahren müssen.

Zur Bleiweißfrage.

(K-Korrespondenz.)

In einem ziemlich umfangreichen Bericht gibt der Bundesrat unterm 15. März d. J. der Bundesversammlung ein Gutachten über die Bleiweißfrage im Allgemeinen und über das internationale Abkommen über die gleiche Materie. Die Frage im Sinne des Berichtes bezieht sich lediglich auf die Verwendung von Bleiweiß im Malergewerbe. Dem ganzen Fragenkomplex muß man eine weittragende Bedeutung beimessen, denn Infolge der Giftigkeit des Bleiweiß, speziell der Farben, haben sie sowohl bei der Fabrikation, als auch bei der Verwendung nicht unbedeutende Gesundheitschädigungen hervorgerufen. Versuche, die alten Herstellungsmethoden durch andere zu ersetzen und vor allem Ersatzprodukte zu schaffen, die anstelle der Bleifarben treten sollten, sind aber nicht gelungen. Die giftigen Bleiweißfarben sind nicht verdrängt worden. Die Zahl der heute im Gebrauch befindlichen Bleifarben sind groß; als Hauptvertreter sind zu nennen: Bleiweiß, Bleisulfat, Bleiglätte, Bleimennige, Chromgelb, Chromgrün und Chromrot. Am häufigsten kommt das Bleiweiß vor, das in der Hauptsache als Anstrichfarbe im Malergewerbe Verwendung findet. Seit Jahrzehnten ist die Frage akut, wie die bei der Verwendung von Bleiweiß verbundenen Gefahren bekämpft werden sollen. Die eigentliche Gefahr einer chronischen Bleivergiftung besteht darin, daß Bleiteilchen in den Körper gelangen. Die Aufnahme geschieht durch Einatmen von Bleiweißstaub oder in der Weise, daß Blei direkt durch den Mund in den Körper gelangt. Aber nicht allein das Bleiweiß kann diese Erkrankung hervorrufen. Auch die oben angeführten Bleiverbindungen können die gleiche Ursache einer Vergiftung sein. Der Kampf gegen das Bleiweiß ist schon lange geführt worden; bevor Schutzmaßnahmen auch bei uns ergriffen worden sind, hat man Verbote betreffend Verwendung der giftigen Substanz in verschiedenen Staaten diskutiert, so unter anderen in Frankreich, Belgien, Österreich, Deutschland. Der Bericht des Bundesrates äußert sich dahin, daß folgende Möglichkeiten vorhanden sind, die Frage zu lösen: 1. durch vollständiges Verbot der Verwendung. 2. durch Aufstellung hygienischer Schutzvorschriften. 3. durch Verdrängung des Bleiweiß überall dort, wo es entbehrt werden kann. Auch das Internationale Arbeitsamt hat sich mit der Frage schon intensiv beschäftigt. Die Begutachtung durch verschiedene Sachverständige, durch Kantonsregierungen, Berufsvertreter und Fachleute hat nun dazu geführt, in der Schweiz eigene Wege zu gehen und hat man deshalb eine Verordnung über die Verwendung des Bleiweiß geschaffen. Die Statistik der Todesfälle in der Schweiz von Malern, Gipsern und Lackierern von 1901/1925 zeigt 191 Todesfälle an, die durch Bleivergiftung erfolgt sind. Nach der Statistik der Schweiz Unfallversicherungsanstalt kamen in den Jahren 1920/1925 103 Erkrankungen vor, doch hebt die Anstalt hervor, daß die Bleivergiftungen im Malergewerbe gegenüber früheren Jahren abgenommen haben. Diese Vergiftungen wurden von der Unfallversicherungsanstalt unter der Rubrik „Berufskrankheiten“ eingereicht. Aus all diesen Erwägungen heraus hat der Bundesrat angeordnet, die nötigen Schutzmaßnahmen zu erlassen. Die vom eidgenössischen Arbeitsamt eingesetzte Sachkommission hat sich für folgende vorläufige Lösung ausgesprochen:

1. Es sind sofort entsprechende Vorschriften für das ganze Malergewerbe einzuführen, dagegen ist von einem Bleiweißverbot zur Zeit abzusehen. 2. Der obligatorischen Unfallversicherung werden alle Maler-